



Welche Auswirkungen haben die steigenden Energiepreise auf die Region?

Cottbuser Linksfraktion thematisiert Energiekrise in Aktueller Stunde



Bereits seit einem Jahr klettern die Preise für Strom, Gas und Wärme in bisher ungeahnte Höhen. Schon im Juli wandte sich die Linksfraktion daher an den größten regionalen Vermieter, seiner Verantwortung gerecht zu werden und sich auf eine mögliche Gasnotlage vorzubereiten. Ende Oktober fand nun eine Aktuelle Stunde in der Cottbuser Stadtverordnetenversammlungen statt, um einerseits sachlich über die Entwicklung der kommenden Monate zu informieren und andererseits auch Unterstützungsangebote zu unterbreiten.

Der Austausch brachte ein paar positive Informationen. So wird es bei den Fernwärmepreisen in den kommenden 12 Monaten kaum Änderungen geben, so der Geschäftsführer der Stadtwerke Cottbus.

Bei Strom und Gas stellte Vlatko Knesevic maßvolle Preissteigerungen, unterhalb des aktuellen Marktniveaus in Aussicht. Bis Mitte 2023 sind für die Bestandskunden keine Preissprünge zu erwarten, so die Zusicherung der Cottbuser Stadtwerke.

Aktuelle sind Preisrückgänge zu beobachten und es besteht die Hoffnung, dass sich bis Sommer 2023 die Energiemärkte beruhigt haben. Mit Strom-

ausfällen rechnet der Geschäftsführer nicht.

Prof. Torsten Kunze versicherte in seinen Ausführungen: „Das Krisenmanagement der GWC steht.“ Sollte es zu Ausfällen von Strom, Fernwärme oder Gas kommen, gibt es entsprechende Notfallpläne. Mit Blick auf unsere Anfrage aus dem Juli 2022 hat die GWC reagiert und Ersatzgeräte beschafft, sollte es doch zu Gasausfällen kommen.

Die Sozialdezernentin, Maren Dieckmann, betonte in ihrem Beitrag: Wir lassen niemanden im Stich, wer seine Rechnungen nicht mehr bezahlen kann. Alle Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung egal ob im Bürgerservice oder im Sozialamt helfen weiter und können die richtigen Ansprechpartner benennen.

Für die Fraktion DIE LINKE machte ich in meinem Redebeitrag unsere Forderungen und Erwartungen klar. Es darf keine Kündigungen geben, wenn die gestiegenen Nebenkosten durch Mieter nicht mehr bezahlt werden können. Ebenso lehnen wir Stromsperrungen ab, wenn der nun viermal so hohe Abschlag nicht bezahlt werden kann. Es gibt leider Beispiele aus der Region,

wo sich die Preise sogar verfünffacht haben. Die Entlastungen der Bundesregierungen kommen hier deutlich zu langsam an und sind nicht zielgenau.

Wir werden das Thema der hohen Energiekosten auch in den kommenden Monaten politisch begleiten und bieten allen unsere Unterstützung, die in diesen schwierigen Zeiten Hilfe brauchen.

*Matthias Loehr,
Fraktionsvorsitzender*



Wie und wo bauen in unserer Stadt?

Stadtverordnete Karin Kühl über Grundsätze linker Stadtentwicklungspolitik

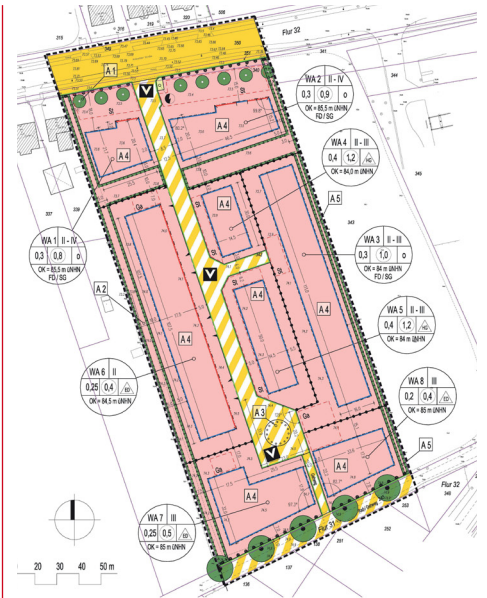
Der Strukturwandel in unserer Stadt ist mit vielen Veränderungen und mit Chancen verbunden. Mit den großen Vorhaben wie der Erweiterung des DB-Instandhaltungswerks zu einem modernen Bahninstandhaltungswerk, dem Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus, dem Lausitz Science Park als einem der Leuchttürme im Strukturwandel oder der Entwicklung des Cottbuser Ostsees werden voraussichtlich mehr als 7.000 zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen. Eine Entwicklung, die die Stadtverordneten der Fraktion DIE LINKE in Cottbus unterstützen. Die dafür erforderlichen Fachkräfte werden nicht allein aus der Region kommen.



Wir brauchen folglich mehr Wohnungen und eine entsprechende Infrastruktur. Mehr Wohnungen bedeutet, dass bereits heute zahlreiche Investoren neue Wohnbaustandorte entwickeln wollen. Dies soll oft an bisher nicht beplanten Standorten in der Stadt geschehen. Um dies zu ermöglichen, müssen vielfach Bebauungspläne erstellt werden. Der dazugehörige Prozess - von Aufstellungsbeschlüssen bis hin zu Satzungsbeschlüssen - begleiten die Stadtverordneten der Stadt Cottbus/Chósebuz mit ihren Entscheidungen. Eine nicht immer leichte Aufgabe. Es sind verschiedene Interessen abzuwägen. Wohnen im Außenbereich? Wohnen oder Erhalt von Wald- oder Landwirtschaftsflächen? Bau von Einfamilien- oder Mehrfamilienhäusern? Bauen an bereits erschlossenen Straßen oder in der zweiten Reihe? Und noch weitere Fragen sind zu beantworten, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Als Mitglied im Bau- und Verkehrsausschuss sowie im Umwelt- und Klimaschutzsausschuss bereite ich diese Entscheidungen mit vor. Zwei dieser Entscheidungen aus den Monaten September und Oktober möchte ich erklären.

Im Januar 2022 lag eine Vorlage zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für die „Kolkwitzer Straße Süd 1“ sowie die entsprechende 11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zur Beschlussfassung vor. Hier soll im Außenbereich gebaut werden, einem Bereich, in dem entsprechend § 35 des Baugesetzbuches die Grundstücke nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplans liegen und die auch nicht zu einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil gehören. Es wird auf einer bisher genutzten Agrarfläche hinter der Tankstelle in Ströbitz in Richtung Kolkwitz eine neue Wohnbebauung geplant. Warum? Für mich eine nicht nachvollziehbare Entscheidung, da der bisherige Flächennutzungsplan diese Fläche nicht als Wohnstandort auswies. Zum einen gibt es genügend Bauflächen in der Stadt. Die weitere Zersiedelung ist also nicht erforderlich. Zu anderem ist landwirtschaftliche Fläche ein hohes Gut, das es aus verschiedenen Gründen zu erhalten gilt. Folglich stimmte ich gemeinsam mit unseren Fraktionsmitgliedern gegen diese Vorlage wie auch gegen den

im September vorgelegten Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplankentwurfes. Grundsatz für DIE LINKE ist, dass die Stadtentwicklung für die Stadt der Zukunft nicht von den Interessen von Investorinnen und Investoren dominiert werden darf, sondern im Interesse der Gesamtstadt unter demokratischer Einbeziehung aller Bewohnerinnen und Bewohner auszuhandeln ist. Ein zweites Beispiel: Im Oktober lag die Vorlage zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Wohngebiet Dissener Straße in Sielow vor. Wenn man sich die Karten zur Vorlage ansieht, geht es hier um eine Fläche, die zwischen zwei straßenbegleitenden Wohnbebauungen liegt. Scheinbar eine einfache Entscheidung. War es aber nicht, denn auf dieser Fläche steht Wald. Also Wald oder Wohnen? Für die Diskussion in den Ausschüssen wurden zwei Dinge herausgearbeitet. Zum einen soll im Rahmen der Planung geprüft werden, ob ein Teil des Waldes in Abgrenzung zur anliegenden Landwirtschaftsfläche erhalten werden kann. Und zum anderen soll der Ausgleich für den Wald möglichst standortnah erfolgen. Ob dies gelingt, werden die Planungsergebnisse zeigen.



Planungsunterlagen wie diese für das geplante Baugebiet „Kolkwitzer Straße Süd 1“ sind Entscheidungsgrundlage für die Stadtverordneten

Ich habe dem Aufstellungsbeschluss nach intensiver Abwägung zugestimmt. Ob ich dem Auslegungsbeschluss oder dem Satzungsbeschluss zustimmen kann, werde ich erst nach Vorlage der entsprechenden Planungsunterlagen entscheiden können. Eine Frage, die ich im Bau- und Verkehrsausschuss gestellt habe blieb seitens der Verwaltung unbeantwortet. Wie will die Stadt Cottbus/Chósebuz die für die Zukunft erforderlichen Wohnungen schaffen, wenn es derzeit vorrangig um Einfamilienhäuser wie in Sielow geht? Und weitere Fragen bewegen mich. Wo können dann außer bei der GWC noch bezahlbare Sozialwohnungen entstehen? Wie gelingt der Stadtumbau hin zu einer ökologischen, Energie einsparenden und sozialverträglichen Wende der Stadtentwicklung? Für die Linksfraktion werden diese Fragen wichtige Kriterien bei Entscheidungen zur künftigen Stadtentwicklung sein.

Karin Kühl

Haushalt, Bildung, Gesundheit...

Linksfraktion im Landtag bereitet nächste Sitzungswoche vor

Mehreinnahmen im Landeshaushalt für Entlastungen einsetzen



Nun liegt das Ergebnis der regionalisierten Oktober – Steuerschätzung vor, dazu erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Sebastian Walter: „Über 660

Millionen Euro Mehreinnahmen sind gute Nachrichten aus dem Finanzministerium. Weniger gut ist allerdings die geplante Verwendung dieses Geldes. Mitten in der schärfsten Preiskrise, die alle Haushalte hart trifft, möchte die Landesregierung die Steuermehreinnahmen lieber für Wahlgewinne in zwei Jahren aufsparen. Sie lässt die

Menschen mit dieser Politik allein und handelt alles andere als verantwortungsvoll. Die Mehreinnahmen sind Gelder der Menschen

im Land, deshalb schlagen wir ein Wintergeld für die Brandenburger Haushalte von mindestens 500 Euro vor. Damit geben wir den Menschen das Geld sofort und unbürokratisch zurück und entlasten ganz konkret. Während die Koalition in Berlin in einem ordentlichen Nachtragshaushalt weitere Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger beschließt, füllt die Koalition bei uns ihr Sparschwein und will Rettungsringe erst verteilen, wenn es zu spät ist. Wir brauchen noch in diesem Jahr einen Nachtragshaushalt! Es gibt jetzt wirklich keine Ausreden mehr dafür, das Corona-Sondervermögen von über 700 Millionen Euro für ein 29-Euro-Ticket für ganz Brandenburg und kurzfristige Krisenhilfen für klein- und mittelständische Unternehmen einzusetzen.“

Kita-Konflikt weiterhin ungeklärt

Zu den Ergebnissen der aktuellen Bertelsmann-Studie zur Situation der Kindertagesbetreuung in Brandenburg erklärt die bildungspolitische Sprecherin Kathrin Dannenberg: Die Ergebnisse der Studie, dass 2.900 Kita-plätze fehlen sind keine Überraschung. Eltern und Kita-Träger weisen schon seit Jahren auf das Defizit hin, das u.a. mit den steigenden Zug- und Geburtsraten wächst. Kommunen müssen dabei unterstützt werden, diese große Aufgabe umsetzen zu können. Das scheint jedoch im Landeshaushalt 23 / 24 nicht ausreichend berücksichtigt. Hier kann das Land nicht auf den Bund warten. Hier ist das Land genauso in der Pflicht! Die erste Pflicht der Landesregierung wäre es, endlich ein neues Kitagesetz vorzulegen, das auch die Kitabedarfsplanung verbindlicher regelt und endlich die Finanzierungszuständigkeiten klärt. Hier duckt sich die Landesregierung unverändert weg! Abwarten ist der denkbar schlechteste Weg der Landesregierung. Auch die finale Erarbeitung eines funktionierenden Fachkräftegewinnungskonzeptes für Kitas steht aus.

Personalbemessung in Schritten zu verbessern, reicht längst nicht. Um den Beruf einer Kitaerzieherin attraktiv zu machen, müssen eine Ausbildungsvergütung eingeführt und die Rahmenbedingungen verbessert werden. Denn in der Realität sind die Kita-Erzieher*innen für mehr als 9,6 Kinder verantwortlich. Durch rechtlich ungeklärte Vertretungsstrukturen sind in Krankheits- und Urlaubsfällen häufig 18 oder mehr Kinder zu betreuen. Überlastung und Flucht aus dem Beruf sind nicht selten die Folge. Solange Frau Ernst weiter



Bereits im Mai unterstützte DIE LINKE die Demonstrationen zur Fortsetzung der Reform des Kitarechts in Brandenburg

glaubt, Brandenburg hätte kein Fachkräfteproblem in Kitas, werden sich die Studienergebnisse perspektivisch nicht bessern und die Probleme zulasten unserer Kinder, Eltern und Fachkräfte bleiben.

Regierungen verschlafen Krankenhauskrise im Land

Unser gesundheitspolitische Sprecher Ronny Kretschmer erklärt: Wir Linke unterstützen die Forderung nach Krankenhaushöhepunkt! Die Kommunen in Brandenburg schlagen zu Recht Alarm. Die landesweiten Kliniken stehen, wie die Krankenhäuser bundesweit, mit dem Rücken zur Wand. Seit Monaten wird um kon-

krete Hilfen des Bundes gefeilscht. Deshalb ist die, an Ministerpräsidenten Woidke gerichtete, Forderung u.a. von Potsdams Oberbürgermeister Schubert nach einem Krankenhaushöhepunkt richtig. So könnten kurzfristig weitere Gelder des Landes freigemacht werden, um die akute Not zu lindern und die Zeit bis zu den

notwendigen Bundeshilfen zu überbrücken. In diesem Zusammenhang steht auch die von Bundesgesundheitsminister Lauterbach angekündigte Abschaffung der Fallpauschalen. Das ist lange überfällig und muss schnell kommen. Die Kliniken brauchen jetzt finanzielle Unterstützung und nicht erst im nächsten Jahr.

TERMINE

Politischer Kaffeepausch immer Mittwochs jeweils von 15 -18 Uhr , Cottbus, Geschäftsstelle

09.11. Gedenken an Reichspogromnacht

Gedenkveranstaltung der Stadt, 11:00 Uhr, Gedenktafel ehem. Synagoge (vor Galeria Kaufhof)
Gedenken des Cottbuser Aufbruchs, 16:00 Uhr, vor der Synagoge in der Spremberger Straße

10.11. Aktion „Stricken gegen soziale Kälte“

15:30 bis 17:00 Uhr, Platz am Stadtbrunnen

19.11. 2. Stadtteilbrunch in Sandow, Thema: Das neue Bürgergeld

Cottbus, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, 11 Uhr mit Katharina Slanina

22.11. Bürgersprechstunde von Anke Schwarzenberg, MdL

17:00 bis 19:00 Uhr, Geschäftsstelle der LINKEN, Ostrower Straße 3 in Cottbus

24.11. PLAN B in Zusammenarbeit mit der Linksfraktion Brandenburg

Die neue LNG-Strategie ...und welche Hürden gibt es dabei? Vortrag und Diskussion mit Uwe Witt, Referent bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 18 Uhr im Zelig, Friedrich-Ebert-Str., Cottbus

Büroöffnungszeiten

Dienstag bis Donnerstag 10 - 16 Uhr
Dienstag: Kassentag
Mittwoch: Soziale Bürgerberatung 11 - 13 Uhr
jederzeit per E-Mail info@dielinke-lausitz.de
Tel: 0355 - 22 44 0
im Netz: www.dielinke-lausitz.de

MITSTREITER:INNEN GESUCHT!

Mit den steigenden Sorgen der Bürger:innen wird auch unsere soziale Beratungsstelle „DIE LINKE hilft“ zunehmend frequentiert. Darum suchen wir engagierte Menschen, die anderen mit ihrem Wissen im Bereich der Sozialgesetzgebung, Pflege, Finanzen, Recht... helfen wollen und können. Für Weiterbildungsangebote sorgen wir zudem. Bitte melden über cottbus@dielinke-lausitz.de

- Familie
- Rente
- Studium
- Migration
- Soziales
- Hartz IV
- Neu: Heiz- und Mietkosten

Soziale Bürgerberatung



DIE LINKE. hilft!

- Mittwochs 11 - 14 Uhr
- Cottbus, Ostrower Str. 3
- Tel: 0355 22 44 0

DIE LINKE.

26.11. Kreisparteitag

10.00 Uhr im Startblock/Gründerzentrum Cottbus



Antragsschluss für Änderungsanträge ist der 12.11.

Gesundheitsregion Lausitz Linker gesundheitspolitischer Stammtisch gründet sich

Die akute wirtschaftliche Notlage in vielen Krankenhäusern macht sich auch in der Lausitz bemerkbar. In den vergangenen Wochen besuchten die Landtagsabgeordnete Anke Schwarzenberg und der gesundheitspolitische Sprecher der Brandenburger Linksfraktion Ronny Kretschmer die Krankenhäuser in Cottbus, Spremberg und Guben. Nach zweieinhalb Jahren Pandemie kommen besonders kleinere Häuser zunehmend in eine existenzielle Notlage. So befindet sich das Krankenhaus Spremberg aktuell im Insolvenzverfahren. Dabei steht die Krankenhauslandschaft in der Lausitz eigentlich vor einem ganz anderen Umbruch: Im Rahmen des Strukturwandels wird der Maximalversorger Carl-Thiem-Klinikum zu einem Universitätsklinikum entwickelt. Den kleineren Häusern in den umliegenden Mittelzentren kommt damit eine wichtige Rolle zu. Neben sich ergänzenden speziellen Profilen müssen sie die gesundheitliche Grundversorgung in der Region sicherstellen. Ein spannender Ansatz ist der Plan des Naemi-Wilke-Stift in Guben, stationäre, ambulante und telemedizinische



Anke Schwarzenberg und Ronny Kretschmer zu Besuch beim Verwaltungsdirektor des Naemi-Wilke-Stift Guben, Andreas Mogwitz (links)

Versorgung zu verbinden. Solche Projekte müssen unterstützt werden – ein vorheziges „Kliniksterben“ hingegen wäre eine Katastrophe für die bereits heute unterversorgten ländlichen Regionen. Um Gesundheitspolitik in Cottbus und Spree-Neiße zukünftig koordiniert anzugehen und den Austausch von Informationen sicherzustellen, haben sich Kommunalpolitiker:innen der LINKEN aus der Region getroffen. Im kommenden Jahr soll diese Arbeit als gesundheitspolitischer Stammtisch verstetigt werden.

BUNTE ZUKUNFT STATT BRAUNES HINTERLAND

BUNTE ZUKUNFT STATT BRAUNES HINTERLAND

Wir stellen uns gemeinsam gegen den geplanten Aufmarsch der NPD in Spremberg am Samstag, den 12. November. Wir widersprechen deutlich, wenn in Spremberg faschistisches Gedankengut verbreitet wird und extrem rechte Gruppen demonstrieren. Unser Spremberg ist bunt, weltoffen und demokratisch. Wir heißen Menschen auf ihrer Flucht willkommen. Wir stehen ein für ein gewaltfreies Miteinander, für Respekt und Menschlichkeit. Wir stehen ein für eine bunte, solidarische und gerechte Zukunft. Darum stellen wir uns klar gegen Rassismus und Faschismus. Wir rufen alle Menschen, die sich Spremberg verbunden fühlen auf, am Samstag, den 12. November, um 10 Uhr auf dem Marktplatz Gesicht zu zeigen für ein Spremberg, wie wir es uns wünschen: bunt, weltoffen und demokratisch.

Impressum Nr. 21/2022

Herausgeber: DIE LINKE. Lausitz Ortsvorstand Cottbus, 03046 Cottbus, Ostrower Straße 3, Telefon: (0355) 22 44 0; V.i.S.d.P. Christopher Neumann, PR u.a. Layout/Satz: wortreich.de, Cornelia Meißner; Fotos: pr/dielinke
/// NÄCHSTER LINKS.BLICK ERSCHEINT AM 18.11.2022, Redaktionsschluss: 16.11.2022